

# Leipziger Tageblatt

## und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftverkehr.

Kaufpreis 15,300.  
Abonnementspreis viertel 4 1/2 M.,  
incl. Ortserlöse 5 M.,  
durch die Post bezogen 6 M.  
Jede einzelne Nummer 25 M.  
Belegexemplar 10 M.  
Schriften für Extrablätter  
ohne Postbefreiung 30 M.  
mit Postbefreiung 45 M.  
Jahrespreis für Extrablätter  
ohne Postbefreiung 30 M.  
mit Postbefreiung 45 M.  
Jahrespreis für Extrablätter  
ohne Postbefreiung 30 M.  
mit Postbefreiung 45 M.

Ercheint täglich  
früh 6 1/2 Uhr.  
Redaction und Expedition  
Sobhanngasse 23.  
Sprechstunden der Redaction:  
Vormittags 10—12 Uhr.  
Nachmittags 4—6 Uhr.

Annahme der für die nächst-  
folgende Nummer bestimmten  
Inserate an Wochenenden bis  
8 Uhr Nachmittags, an Sonn-  
und Festtagen früh bis 1/9 Uhr.  
In den Städten für Inl.-Annahme:  
Otto Riemer, Universitätsstr. 18,  
Hans Böhme, Katharinenstr. 23,  
nur bis 1/9 Uhr.

№ 86.

Wittwoch den 27. März 1878.

72. Jahrgang.

### Bekanntmachung.

Auf die für das Jahr 1877 festgesetzte Dividende der Reichsbank-Anteile im Betrage von 6% Proc. wird die Restzahlung mit

53 Markt 70 Pfennige

für den Dividendenschein Nr. 6 vom 26. d. M. ab bei der Reichsbankhauptkasse zu Berlin, bei den Reichsbankhauptstellen zu Bremen, Breslau, Köln, Dortmund, Frankfurt a. M., Hamburg, Hannover, Königsberg i. Pr., Leipzig, Magdeburg, Mannheim, München, Weien, Stettin, Straßburg i. E. und Stuttgart, bei den Reichsbankstellen zu Aachen, Augsburg, Bielefeld, Braunschweig, Bromberg, Carlshagen, Cassel, Chemnitz, Coblenz, Crefeld, Danzig, Dresden, Düsseldorf, Elberfeld, Eisenach, Erfurt, Effen, Flensburg, Frankfurt a. M., Gera, Gießen, Glogau, Götting, Grauberg, Halle a. S., Kiel, Landsberg a. W., Leipzig, Lübeck, Mainz, Memel, Metz, Minden, Rülhausen i. E., Münster, Nordhausen, Nürnberg, Osnabrück, Sondershausen, Stralsund, Stolp, Tborn, Tilsit und bei den Reichsbank-Commanditen zu Görlitz und Jüterburg erfolgen.  
Der Reichsbankpräsident.  
b. Bismard.

### Bekanntmachung.

In Gemäßheit des §. 1 der Instruction für die Ausführung von Wasserleitungen und Wasseranlagen in Privatgrundstücken vom 7. Juli 1865 bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß die Klempner

Johann Christian Claus und Friedrich August Härtel,

in Firma:

Claus & Härtel, Eberhardstraße 5,

zur Uebernahme solcher Arbeiten bei uns sich angemeldet und den Besiß der hierzu erforderlichen Vorrichtungen nachgewiesen haben.

Leipzig, am 20. März 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Georgi. Hartwig.

### Bekanntmachung.

Nachdem die Function des Herrn Dr. med. Jost als Armenarzt sich erledigt hat, sind die von demselben bisher verwalteten Districte XXI und XXV bis auf Weiteres von Herrn Armenarzt Dr. med. Richter, Albersstraße 9, übernommen worden.

Leipzig, den 25. März 1878.

Das ArmenDirectorium.

Schleißner. Gentchel.

Leipzig, 26. März.

Am politischen Himmel sieht es wieder einmal  
bäcker aus, und der Congress, an den sich die  
Friedenssehnsucht Europas anklammert, ist noch  
immer nicht als eine Wolke. Wird hinter der  
Wolke etwas Belles, Greifbares und Befriedigendes  
verborgen, oder wird sie sich noch mehr verdunkeln  
und in grauenerregende Schattungen verfließen?  
Wir dächten, wir hätten solcher Schläge nun gerade genug und  
es wäre ein Ziel auf Innigkeit zu wünschen.  
Gewitter haben ja gewiß auch im Haushalte des  
Bürgerthums, wie in dem der Natur, ihre Zeit  
und ihren Sog; sie reinigen die Luft von trübenden  
Stoffen, die sich im gewöhnlichen Laufe der Dinge  
nicht beseitigen lassen. Aber sie führen auch Rufe  
und Schlämme mit sich, und um die Bahn von  
dieser störenden Spure rein zu fegen, dazu be-  
darf es nicht neuer elementarer Ausbrüche; da  
müssen vielmehr die friedlichen Werkzeuge der  
Menschheit, Feien und Rekrutmaschinen, in Thä-  
tigkeit treten. Auch die russisch-türkischen Kriegs-  
wetter haben Uebelthaten und Schwierigkeiten  
in ihrem Gefolge, Schwierigkeiten, die sich  
namentlich zwischen England und Rußland erhoben  
haben und infolge der durch den Krieg herbeige-  
führten Verschiebung der Machtverhältnisse wohl  
auch erheben müßten. Ist es denn aber durchaus  
nötig, daß diese Nachwehen des Krieges durch einen  
neuen Krieg gehoben werden? Kann denn nicht  
erst ein ehrlicher und gründlicher Versuch mit der  
Rekrutmaschine des Congresses gemacht werden?  
Ruß Europa in einen zweiten, noch viel schred-  
licheren Orientkrieg gestürzt werden, nur weil  
England fürchtet, daß sein Gegenüber — es nicht  
etwas schon jetzt gefährdet, vielleicht aber später  
einmal ihm über den Kopf wachsen könnte? Wir  
glauben, daß wir, nachdem Rußland die Türkei in  
die Wand gedrückt hatte, Nichts Inniger  
wünschten, als daß nunmehr die anderen Mächte  
sich kräftig zusammenschließen möchten, um mög-  
lichst dauernde Zustände im Orient zu schaffen  
und Rußland, ohne es um die Herrschaft seiner Siege  
bringen zu wollen, an einer allzu weit gehenden  
Ausdeutung derselben zu hindern. Rußland  
braucht die Unterstützung Europas, und es ist daher  
selbstverständlich, daß es um sie zu erlangen, auch  
manche Zugeständnisse machen muß. Es hat denn  
auch die Hand dazu geboten, indem es auf den  
österreichisch-deutschen Congressvorschlag einging.  
Aber England, das seinen isolirten, isolirten  
Standpunkt auch im neuesten Capitel der Orient-  
frage nicht verläugnet. Es macht noch vor dem  
Zusammentritt des Congresses Schwierigkeiten; es  
fürchtet sich mit Heftigkeit vor einer allzu weiten  
Erweiterung, die mit der Sache gar nicht in  
Verbindung steht und deren Erfüllung die  
Lösung der großen Frage nicht um einen  
Schritt weiter bringen würde. Es will, daß Ruß-  
land den Friedensvertrag von San Stefano,  
den es bereits zu aller Welt Kenntniß gebracht,  
auch als offizielle Grundlage für die Verhandlungen  
des Congresses ansehe und erkläre. Rußland weigert  
sich Dessen; es weist darauf hin, daß der Vertrag in  
den Händen der Mächte sei und daß es jeder des-  
selben freistünde, diejenigen Punkte, die ihm passend  
schienen, zur Discussion zu stellen. Das ist, wie  
gesagt, ein Streit um Förmlichkeiten und Worte;  
aber England, wie es nun einmal ist, scheint vor-  
läufig auch nichts Anderes beabsichtigt zu haben.  
Ein Wortspiel ist ja billiger als einer, der mit  
Kanonen und mit schwerem Gelde erzwungen werden

muß. England fühlt, daß sein Nimbus durch die  
russischen Militärfolge gelitten hat; es möchte  
daher diesen einen kleinlichen diplomatischen Er-  
folg entgegenstellen; Rußland soll bei England  
anerkennen und seinen Frieden eben so sehr  
aus der Hand der europäischen Mächte empfangen,  
wie die Türkei ihn aus der seinen empfing. Wird  
die Vorfrage so zugespitzt, so ist Rußland im Rechte,  
wenn es England nicht zu Willen ist. Wo ein  
Sieg ist, da muß auch drüben eine Nieder-  
lage sein und feiert England einen diplomatischen  
Erfolg, so kann Dies nicht geschehen ohne eine  
diplomatische Schlappe Rußlands. Man kann es  
dem alten Gortschakoff nicht verdenken, wenn er  
sich einer solchen nicht aussetzen will. Und was  
wird nun geschehen? Wird England einen Krieg  
anzufangen um einer solchen Eitelkeitsfrage willen  
und ohne irgend welchen Vorzug einer sachlichen Dis-  
cussion, einer gütlichen Auseinandersetzung mit Ruß-  
land? Nun, dann ist England im Unrecht gesetzt und  
Rußland lacht sich ins Häuschen. Wahrscheinlicher  
aber ist, daß England nicht ernstlich auf einen Krieg  
losgelassen, den es allein führen möchte, da es ihm  
nicht gelingen ist, Oesterreich zu sich herüberzu-  
ziehen. Und so kann es leicht kommen, daß die  
anderen Mächte über den britischen Protest zur  
Tagesordnung übergeben und daß entweder ein  
Congress ohne England oder die drei Kaiserreiche  
unter sich die neue Ordnung der Dinge in den  
Balkanländern feststellen. Dies würde besonders  
dann geschehen, wenn Rußland Oesterreich durch  
Schonung seiner Interessen an sich zu halten wüßte.  
John Bull würde dann infolge derselben Manöver,  
von denen er große Ehren erpöcket, mit langer  
Rase abgehen und Zeit gewinnen, über die Wahr-  
heit des Sprichwortes nachzudenken: „Wer Anderen  
eine Grube gräbt, fällt selbst hinein!“

### Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 26. März.

Es ist sehr bemerkt worden, daß der zum Mi-  
nister des Innern ernannte Oberpräsident von  
Hannover, Graf Eulenburch, bei dem Festmahl  
an Kaiser's Geburtstag u. a. die Worte gesprochen  
hat: „Auch geht ein bellagenerwerther Con-  
sult seinet friedlichen Aufgabung entgegen.“ Unter diesem Conflicte kann nur das ver-  
walige Verhältnis zwischen Staat und Kirche ver-  
standen sein. Man wird annehmen dürfen, daß  
Graf Eulenburch diese Aeußerung, wenn auch nicht  
mit Vorwissen der maßgebenden Stelle, so doch  
auf Grund der von ihm an dieser Stelle über das  
betreffende Verhältnis soeben gewonnenen An-  
schauung gemacht hat.  
Die „Post“ schreibt: „Die von fortschrittlichen  
Blättern mit einer augenscheinlichen Absichtlichkeit  
wiederholt verbreitete Nachricht, der Eintritt des  
Grafen Stolberg-Bernigerode in das Cabi-  
net werde den Austritt des Ministers Dr. Fall  
zur Folge haben, können wir auf das Bestimmteste  
als völlig unbegründet erklären. Ob die Verhand-  
lungen mit dem Grafen Stolberg-Bernigerode zu  
einem Abschluß geführt haben, wissen wir nicht;  
daß aber der Minister Fall keinerlei Erleichterung  
in seiner Amtsführung durch den Eintritt des ge-  
nannten Herrn erfahren würde, geht schon aus  
der Stellung hervor, welche Graf Stolberg-Ber-  
nigerode als Präsident der Generalbehörde einge-  
nommen hat. Wesentlich seinem vermittelnden  
Einfluß ist es damals gelungen, jenes schwierige

Wert der Kirchenverfassung zu Stande bringen zu  
helfen.“  
Die Behauptung, daß die nationalliberale  
Partei den Finanzminister Camphausen ge-  
stürzt habe, hält auch die „National. Corr.“ im  
Interesse der historischen Wahrheit einer Richtig-  
stellung für bedürftig. Sie sagt: „Die national-  
liberale Partei hat Herrn Camphausen früher nicht  
allzu sehr unterstützt; sie hat ihn auch mehr  
als einmal gegen die wider ihn gerichteten Angriffe  
gradezu gekämpft. Erst bei der letzten Steuervorlage  
hat sie dies Verhältnis geändert. Ob Herr  
Camphausen diese Steuervorlage aus eigener Ini-  
tiative erlassen, ob er sie auf fremden An-  
trieb angefertigt hat, ist uns unbekannt —  
genug, er übernahm für sie die volle Verant-  
wortlichkeit, erklärte, mit ihr stehen und fallen  
zu wollen. Diese Lage war geschaffen ohne  
alles Ansehen der nationalliberalen Partei. Gätte  
die letztere angesehen derselben Herrn Camp-  
hausen noch ferner halten wollen, so wäre das  
einige Mittel dazu die Annahme der Steuervor-  
lage gewesen. Ein solches Opfer würde aber der  
nationalliberale Partei wohl kein Mensch zuge-  
muthet haben. Man mag sagen, daß Herr Camp-  
hausen infolge der mangelnden Unterstützung der  
nationalliberalen Partei gestürzt sei; die Schuld  
aber, daß ihm diese Unterstützung fehlte, liegt jeden-  
falls nicht auf nationalliberaler Seite.“  
Das Gerücht, daß der Handelsminister Achen-  
bach seine Entlassung zu nehmen beabsichtige,  
tritt in parlamentarischen Kreisen mit großer Be-  
stimmtheit auf.  
Die „Nat.-Bzg.“ meldet: In parlamentarischen  
Kreisen gilt die Stellung des Handelsministers  
Dr. Achenbach für erschüttert. Es scheint, daß  
die Verhandlungen in der Sonnabend-Sitzung des  
Abgeordnetenhauses diesen Eindruck hervorgerufen  
haben. Man mißt dem Unterstaatssecretair Wap-  
bach, dessen Name eine Zeit lang zuruckgetreten  
war, in Ermangelung eines anderen Candidaten  
jeht sogar Chancen zu, an die Spitze des gesamm-  
ten Handelsministeriums gestellt zu werden, da die  
Errichtung eines besonderen Eisenbahn-Ministeriums  
zur Zeit die Zustimmung des Abgeordnetenhauses  
nicht finden dürfte. — Die Gerüchte über einen  
demnächst bevorstehenden Rücktritt des Justiz-  
ministers Dr. Lepowhardt werden als un-  
begründet bezeichnet. Es entspringen diese Gerüchte  
lediglich aus subjectiven Betrachtungen über das  
Verhalten des Justizministers während der letzten  
parlamentarischen Verhandlungen. Der Herr Justiz-  
minister scheint indessen nicht den nämlichen Ein-  
druck aus jenen Verhandlungen gewonnen zu haben  
und damit wird die Voraussetzung hinfällig, auf  
welcher die Gerüchte über seinen Entschluß zum  
Rücktritt sich aufbauen. — Wie wir erfahren  
war, bevor an Herrn Oberbürgermeister Dohrecht  
ein bestimmter Antrag wegen Uebernahme des  
Finanzministeriums erging, außer mit dem  
Generalsteuereirector Burghart und dem Re-  
gierungspräsidenten Hoffmann in Danzig auch mit  
dem Präsidenten des Reichsbank-Directoriums  
v. Dodeand, dem Generalpostmeister Stephan, dem  
Handelsminister Achenbach und dem Minister der  
landwirthschaftlichen Angelegenheiten Friedenthal  
anzuknüpfen versucht worden, von denen jedoch  
keiner sich bereit fand.  
Aus Berlin, 25. März, schreibt man der „Magd.  
Bzg.“: Graf Otto zu Stolberg-Bernigerode  
reist heute von hier nach Wien zurück, um dort  
sein Abberufungsschreiben zu überreichen; seit heute

steht fest, daß er als Vicepräsident in das Staats-  
ministerium eintritt. Herr Camphausen wohnt  
noch im Finanzministerium, das er aber in drei  
Tagen räumen wird, um seinem Amtsnachfolger  
Hobrecht Platz zu machen. Wie es heißt, begibt  
sich Camphausen ins Ausland, wo er längere Zeit  
zu verweilen gedenkt. — Die Budgetcommission  
des Reichstages wird, wie sich heute mit Sicher-  
heit übersehen läßt, aus dem Reichsetat das  
Deficit herausbringen. Hauptächlich ermöglicht  
sie dies durch das Gesez bezüglich der Ersparnisse  
der Occupationstruppen. Der Kriegsminister hatte  
die Ersparnisse von rund 27 Millionen der Armee  
ausschließlich zuwenden wollen, es werden derselben  
inbes nur zehn Millionen zugesprochen werden,  
so daß der erhebliche Rest, der Reichsbankhaupt-  
kasse zugesührt, zusammen mit anderen Summen, die  
von der Budgetcommission bereits abgesetzt sind,  
zur Deckung des Deficits 1878—79 ausreicht. —  
Die Ministerkrise gilt noch nicht für beendet und  
gewichtige Anzeichen sprechen dafür, daß Dr. Achen-  
bach nicht mehr lange Chef des Handelsministe-  
riums bleiben wird, wogegen die Stellung des  
Kulturministers Dr. Fall als völlig gesichert an-  
gesehen ist. Die bevorstehenden Ministererneuungen  
bringt der „Staatsanzeiger“ erst in einigen Tagen,  
und ist der preussische Etatnachtrag erledigt, damit  
aber die Krise wesentlich gehoben, so wird, wie  
man heute erzählt, Fürst Bismard auf einige  
Tage Urlaub nehmen. Er sagt, daß er unge-  
wöhnlich angegriffen sei und der Erholung dringend  
bedürfe.  
In Betreff des Schreibens, welches der neue  
Papst an den deutschen Kaiser gerichtet hat,  
schreibt man der „Nat.-Bzg.“ aus München: Die  
Uebersetzung erfolgte durch das bayerische Staats-  
ministerium des Kaisers auf dem herkömmlichen  
diplomatischen Wege, und das deshalb, weil, da  
Breslau im Vatican eine diplomatische Vertretung  
nicht hat, die bayerische Regierung als eine der preus-  
sische befreundeten ersucht wurde, das päpstliche  
Schreiben an den deutschen Kaiser zu übermitteln.  
Auf dem gleichen Wege dürfte auch das päpstliche  
Antwortschreiben nach Rom gelangen, oder viel-  
leicht bereits gelangt sein. Ueber den Inhalt des  
Schreibens des Papstes vernehmen man hier nichts  
Bestimmtes, allein wenn nicht verschiedene Anzeichen  
trügen, dürfte dasselbe doch etwas mehr als nur die  
in höchstliche Form geäußerte herkömmliche Anzei-  
ge der „Thronbesteigung“ Leo's XIII. enthalten. Aber  
selbst wenn man dies der Fall wäre, so ist man  
hier der Ansicht, daß dem Briefwechsel zwischen  
Kaiser und Papst schon an sich und besonders unter  
den obwaltenden Verhältnissen eine größere poli-  
tische Bedeutung beizulegen sei. Man ist in unseren  
extremen ultramontanen Kreisen angehalten darüber,  
daß sich der Papst herbeigelassen habe, an den  
deutschen Kaiser zu schreiben und man nimmt gar  
keinen Anstand, dies als einen politischen „Beleg“  
zu bezeichnen, welchen der „Unschliffene“ be-  
gangen haben soll. Man besorgt eben, daß mög-  
licher Weise irgend eine Verbindung zwischen der  
deutschen Reichsregierung, beziehungsweise Preußen  
und der Curie herbeigeführt werden könnte und  
das wäre für die frommen Herren, besonders jene,  
die in den Vereinen und in der Presse thätig sind,  
freilich sehr schlimm, denn dann könnten sie nicht  
mehr in „Culturkampf“ machen, den man bisher  
in so einträglich Weise anzunehmen verstanden hat.  
Der Nachtrag zum Reichshaushaltsetat  
fordert für das Reichsfinanzjahr 35,090 M.  
an Besoldungen und Wohnungsgeldzuschüssen.